

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe märz 2008**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Henner Schmidt  
Vorsitzender des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Französische Straße 8  
10117 Berlin

[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Anno  
Blissenbach, Jan Valentin  
Deichsel, Maren Jasper,  
Volker Jürgensen, Kurt M.  
Lehner, Markus Löning,  
Peter Lundkowski, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt, Stefan Scholz,  
Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Wolfgang Bindseil, Mirko  
Dragowski, Otto Fricke,  
Juliane Homuth, Christine  
Kreuzer, Bettina v.  
Seyfried, Jürgen Stindt

**Leserbriefe**

Lorenz Flemming, Horst  
Kruppen

**FDP in Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-friedrichstadt.de](http://www.fdp-friedrichstadt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)  
[www.fdp-wilhelmstadt.de](http://www.fdp-wilhelmstadt.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 0653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe märz 2008**  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

vor wenigen Tagen hat sich hier in Berlin, in unserem Bezirk Mitte, die Galerie Nord im Moabiter Kunstverein nach Gewaltdrohungen ortsansässiger Muslime gezwungen gesehen, eine Satire-Ausstellung der dänischen Künstlergruppe „Surrend“ bis auf Weiteres zu schließen. Die Ausstellung, welche Verschwörungstheorien – insbesondere neonazistischer Couleur – aufs Korn nimmt, hatte in einem Exponat auch die von Muslimen verehrte Kaaba dargestellt. Dankenswert klare Worte fand dazu unser Landesvorsitzender Markus Löning: „Unser Rechtsstaat und die demokratische Gesellschaft müssen die Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung schützen. Dabei kann es keine Kompromisse geben. Ich fordere Innensenator Körting auf, sicherzustellen, dass die Ausstellung der dänischen Künstlergruppe Surrend unverzüglich wieder geöffnet wird. ... Zur Freiheit der Kunst gehört die Freiheit, sich ironisch und spöttisch mit Religion, mit ihren Institutionen und Symbolen auseinanderzusetzen. Es ist eine der großen Errungenschaften der Aufklärung, dass religiöse Instanzen nicht länger die Freiheit der Bürger beschränken dürfen. Dahinter dürfen wir nicht zurück!“

Im Übrigen wird nach den jüngsten Landtagswahlen das Thema „Koalitionen“ wieder diskutiert. Lobenswert, dass die Parteifreundinnen und Parteifreunde in Hessen unsere Strategie, nach der Wahl das zu tun (oder eben nicht zu tun), was man vor der Wahl versprochen hat, weiter verfolgen. Lobenswert auch die schönen Worte des Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle auf „Spiegel Online“: „FDP-Chef Guido Westerwelle sieht auf Bundesebene ... ‚keine Notwendigkeit für Ausschlussklauseln - außer gegenüber Links- und Rechtsaußen ... Wir dürfen uns nur noch auf eines verlassen: auf uns selbst.“ Ja, so sollte man das als unabhängige und eigenständige liberale Partei, als die einzige ganzheitlich freiheitliche Partei in Deutschland halten.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Faust ist durch den Verkauf seiner Seele  
berühmt geworden, aber nicht glücklich.  
So ist es nun auch Frau Ypsilanti ergangen.

Dirk Niebel

## Lagebericht des Vorsitzenden

# Debatte über Inhalte und Strategien

von *Henner Schmidt*

Liebe Leserinnen und Leser, die FDP diskutiert derzeit lebhaft über den künftigen Kurs. Das gilt sowohl für die Bundesebene als auch für die Berliner Landesebene. Solche Debatten sorgen dafür, dass die Partei lebendig bleibt und machen uns nach außen attraktiver, solange sie fair ausgetragen werden. Es war in der Vergangenheit wohl auch in der Berliner Partei etwas zu ruhig und in Routine erstarrt. Gut, dass wieder frischer Wind hineinkommt und man auch wieder über Inhalte und Strategien debattiert.



Da wir in den sich abzeichnenden neuen politischen Konstellationen keine Funktionspartei sein können, sondern für Inhalte und Überzeugungen stehen müssen, ist es nötig zu fragen: Welche Themen können wir so eindeutig besetzen, dass dabei ein klares, liberales Profil entsteht? Wer lässt sich von uns damit ansprechen? Wie erreichen wir, dass die Bürger uns vertrauen, dass wir bei unseren Kernthemen aus Überzeugung handeln und keine faulen Kompromisse machen?

Um hier Schwerpunkte zu setzen und langfristige Entscheidungen zu treffen, bedarf es sowohl der Motivation der vielen engagierten Parteimitglieder als auch einer fördernden und fordernden Führung. Beides könnte noch deutlich besser werden.

Als erstes Thema für die FDP bietet sich traditionell das Eintreten für die Freiheit der Wirtschaft und für mehr Wettbewerb ein. Das ist dringend nötig: CDU und SPD schränken wirtschaftliche Freiheiten immer weiter ein, viele in der Linkspartei und einzelne Grüne würden die Marktwirtschaft am liebsten ganz abschaffen. Währenddessen führt genau diese Politik dazu, dass unser Wohlstand bröckelt, wir immer weiter gegenüber anderen Ländern zurückfallen und die Mittelschicht schrumpft.

Die FDP muss dagegen nicht nur klar machen, dass ihr Eintreten für wirtschaftliche Freiheit zu mehr Wohlstand führt, sondern auch, dass sie bereit ist, wichtige Grundregeln des Wettbewerbs gegen starke Interessen durchzusetzen, z.B. in der Energiewirtschaft. Die FDP kann so

deutlich machen, dass sie den Wettbewerb in erster Linie zum Nutzen und im Interesse der Verbraucher will. Auch Randthemen können Symbolwirkung haben: Wenn wir uns z.B. bei der Zwangsmitgliedschaft der IHKs für den Zwang und gegen die Freiheit entscheiden, werden wir nicht glaubwürdiger.

Ganz wesentlich müssen für die FDP auch die Bürgerrechte sein. Diese sind ein traditionelles Kerngebiet, das auf Bundes- und Landesebene durch überzeugende Politiker glaubwürdig repräsentiert wird. Da ist es unerträglich, wenn ein FDP-Landesminister ein verfassungswidriges Online-Durchsuchungsgesetz entwirft und nur noch durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt werden kann. Auch hier ging Glaubwürdigkeit verloren.

Wir müssen aber auch Antworten in der Sozialpolitik finden. Liberale Sozialpolitik darf nicht, wie uns zu Unrecht regelmäßig unterstellt wird, das Recht des Stärkeren akzeptieren, während die Verlierer durch den Rost fallen.

Wir müssen aber auch stärker thematisieren, was so alles unter dem Deckmantel der Sozialpolitik läuft. Berlin ist dabei ein besonders krasses Beispiel: Hier sind über 600.000 Menschen in Hartz IV und Grundsicherung, dafür werden jedes Jahr weit über 3 Milliarden Euro ausgegeben. Inzwischen stehen Hartz IV-Empfänger aufgrund zusätzlicher Sozialleistungen wie z.B. dem Sozialticket besser da als viele Geringverdiener. Dutzende von Millionen werden in Projekten wie der „Sozialen Stadt“ oder dem Quartiersmanagement versenkt, ohne dass die Situation sichtbar besser wird. Statt dafür zu sorgen, dass es weniger Sozialfälle gibt und endlich die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Jobs geschaffen werden, wird der wenige Wohlstand immer nur weiter umverteilt. Gerade die Hartz IV-Empfänger, die aus ihrer Situation heraus wollen und die Geringverdiener werden benachteiligt, da sich zusätzliche Arbeit nicht mehr lohnt. Auch bei diesen Menschen kann die FDP punkten. Wir sollten uns freuen, wenn uns engagierte, leistungsbereite Menschen gerade auch mit niedrigerem Bildungsabschluss und geringem Einkommen zuströmen.

Für die kommenden Feiertage wünsche ich Ihnen noch gute Erholung und einen guten Start in den Frühling!

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),  
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Der Vertrag von Lissabon

von *Wolfgang Bindseil*

Vor knapp fünf Jahren präsentierte der Verfassungskonvent nach langen Beratungen den Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa. Mit Referenden in Frankreich und den Niederlanden fand dieser Vertrag zwar zwei Jahre später bereits sein Ende. Während dieser Zeit hatte er jedoch in der öffentlichen Diskussion in Europa beachtliche Bedeutung. Wozu brauchen wir eine europäische Verfassung? Was bedeutet sie für die EU-Bürger? Brauchen wir einen Gottesbezug? Einen europäischen Außenminister? In den deutschen Nachrichtenmagazinen, im Radio und Fernsehen wurde debattiert. In Frankreich und den Niederlanden verdrängten diese Fragen zeitweise alle anderen Themen.

Die mediale Aufmerksamkeit des Vertrags von Lissabon ist im Vergleich zum Verfassungsentwurf marginal. Sie besteht hauptsächlich aus Erfolgsmeldungen über die Einigung, Allgemeinplätze („handlungsfähiger“, „besseres Funktionieren der Union“) und kurze Andeutungen über den Regelungsinhalt, dessen Komplexität sich allerdings einer ausführlichen Darstellung entzieht.

Zu befürchten ist, dass der Vertrag im öffentlichen Bewusstsein das Schicksal anderer Unionsverträge teilt, die in der Erinnerung des Publikums wenig mehr als ein diffuses Gefühl der Bedeutung hinterlassen haben. Worum ging es doch gleich in den Verträgen von Nizza und Amsterdam?

Der Mangel an Aufmerksamkeit bezüglich des Vertrages von Lissabon ist deshalb bemerkenswert, weil er zwar auf Form und Symbole (Flagge, Hymne) des Verfassungsvertrags verzichtet, aber von ihm wesentliche inhaltlichen Vorgaben übernimmt. Mit anderen Worten: Die Unionsbürger bekommen das Gericht, das einige von ihnen haben zurückgehen lassen, in anderer Verpackung erneut serviert – diesmal ohne Verweigerungsrecht.

Das muss nichts Schlechtes sein. Die Verantwortlichen haben sich ihre Sache nicht leicht gemacht. Nach den gescheiterten Referenden

haben sich die Regierungen eine „Denkpause“ von einem Jahr verschrieben um nach einem Weg zu suchen, der das Europa der 27 in der Welt von heute handlungsfähig macht. Sie sind zum Schluss gekommen, dass die Union weiterhin wesentliche Integrationsschritte machen muss, um sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Und doch ist es merkwürdig, dass der Vertrag so wenig Echo und Diskussion in den Medien und der Bevölkerung hervorruft. Denn die Konsequenzen sind nicht unerheblich. Neben einem ständigen Ratspräsidenten schafft der Vertrag einen neuen „Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie einen „Europäischen Diplomatischen Dienst“ (EAD). Der „Hohe Vertreter“ ersetzt den „Außenminister“ der Union, der noch im Verfassungstext vorgesehen war. Welches Verhältnis der EAD zu den nationalen Außenämtern haben wird, ob er eine eigene Politik entwickeln darf und nach welchem Schlüssel das Personal des EAD sich aus der Kommission, den Mitgliedstaaten oder der Ratsvertretung in Brüssel rekrutiert, ist offen. Die Frage berührt die Interessen eines jeden Mitgliedstaates und wäre einer öffentlichen Diskussion würdig. Dies gilt auch für andere Neuerungen wie die Grundrechtecharta oder die komplexen Abstimmungsregeln.

Bezeichnenderweise findet eine Diskussion aber in nennenswertem Umfang allenfalls im angelsächsischen Raum statt. Von den Regierungsparteien ist der Anstoß zu einer solchen Debatte offenbar nicht zu erwarten – zumal die Notwendigkeit von Referenden diesmal von den europäischen Regierungen (bis auf Irland) bewusst verneint wurde. Eine liberale Oppositionspartei sollte vor kritischen Fragen aber nicht zurückschrecken – ihrer klaren europäischen Ausrichtung täte dies keinen Abbruch. Im Gegenteil: Es geht darum, Europa auch im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Dazu ist die Debatte notwendig. Wie sagte John Stuart Mill: „Unsere gesichertsten Überzeugungen haben keine verlässlichere Schutzwache als eine ständige Einladung an die ganze Welt, sie als unbegründet zu erweisen.“



---

*Wolfgang Bindseil (OV Gendarmenmarkt) ist Referent im Auswärtigen Amt*

Gastkommentar

## Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstläufer

von *Otto Fricke*

In der Vergangenheit haben sich vermeintlich positive Meldungen über die Lage der öffentlichen Haushalte gehäuft. Gesamtstaatlich waren die öffentlichen Haushalte im Jahr 2007 sogar ausgeglichen hieß es. Der Eindruck, dass damit nun alles in Ordnung ist, trägt jedoch leider gewaltig. Betrachtet man die Situation des Bundeshaushaltes isoliert, ergibt sich nämlich ein anderes Bild. Hier kann von Haushaltsüberschüssen und Verteilungsmasse keine Rede sein.

Trotz Steuermehreinnahmen in rekordverdächtiger Höhe will sich die Bundesregierung selbst 2008 um 11,9 Milliarden Euro zusätzlich verschulden. Diese kommen zu dem bereits aufgehäuften Schuldenberg von etwa 930 Milliarden Euro hinzu. Wer in dieser Situation neue Ausgabenprogramme fordert, muss auch zugeben, dass er dies erneut auf Kosten künftiger Generationen machen will. Vorschläge zur Gegenfinanzierung bleiben meistens nämlich aus. Mit ihrem zusätzlichen Ausgabenprogramm von rd. 155 Mrd. € hat etwa die Fraktion „Die Linken“ ihr Verhältnis zur Staatsverschuldung und damit ihre fehlende Verantwortung deutlich dokumentiert.

Nicht von ungefähr kommt der Ausspruch, dass der Haushalt das „Schicksalsbuch“ der Nation sei. Das schicksalhafte ist, dass der Staat sich durch die steigende Zinslast den Gestaltungsspielraum immer weiter einschränkt. Bereits 2008 zahlen wir nur für die Schulden des Bundes rund 43 Milliarden Euro Zinsen (2007 waren es übrigens noch rd. 40 Mrd. €). Dies sind etwa ein Siebtel der Gesamtausgaben des Bundes. Mit diesem Geld könnten ca. 2 Millionen neue Krippenplätze eingerichtet, oder 2.150 Kilometer Bahnstrecken gebaut, oder für jeden Schüler in Deutschland 5.000 € in Lehrmittel investiert, oder 20 Universitäten der internationalen Spitzenklasse errichtet und betrieben werden. Und das jährlich!

Aber anstatt zu investieren macht die große Koalition das Gegenteil. Die verbrauchenden

(konsumtiven) Ausgaben werden stetig erhöht. Seit 2005 wurden die Gesamtausgaben des Bundes von 254 Mrd. Euro auf 283 Mrd. Euro angehoben und der Investitionsanteil gesenkt. Diese „Schönwetterpolitik“ ist für den Bundeshaushalt ein Bumerang, der uns in konjunkturell schlechteren Zeiten umso härter treffen wird.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat dieser Politik ein solides Gegenkonzept gegenüber gestellt, mit dem wir sowohl Wachstum, als auch Konsolidierung des Haushalts voranbringen. Wir gehen dabei auch an die Ausgabenseite heran. Das schafft den nötigen Spielraum, um ein für die Bürger insgesamt entlastendes, vereinfachtes und gerechteres Steuersystem zu schaffen. Eine „ehrliche“ Reform der Sozialversicherungssysteme würde zudem Platz für die Senkung von Lohnnebenkosten schaffen.

Niedrige Steuern und Lohnnebenkosten sind der Schlüssel zu mehr Beschäftigung in Deutschland. Eine zunehmende Beschäftigung hat multiple Entlastungswirkung für den Haushalt. Sie

beschert den Sicherungssystemen zusätzliche Einnahmen und entlastet den Staat auf der Ausgabenseite. Haushaltskonsolidierung wird daher nur über grundlegende Reformen im Sozial- und Arbeitsmarktbereich dauerhaft gelingen.

Diese jedoch erfordern enorme Anstrengungen, die die „große Koalition“ nicht leisten will und nicht leisten kann.

Und dem Haushalt droht neues Ungemach. Schon dieses Jahr sehe ich Haushaltsrisiken von mehr als 6 Milliarden Euro. Sie hängen mit der Krise im öffentlichen Bankensektor, einem geringeren Wirtschaftswachstum und Mehrausgaben bei Hartz IV zusammen. Die Neuverschuldung wird nach meiner Einschätzung daher im Vollzug des Haushaltsjahres 2008 wieder steigen anstatt zu fallen.

Dies sind leider keine frohen Osterbotschaften, jedoch sind sie dazu geeignet, mit falschen Vorstellungen aufzuräumen und im Bewusstsein der Menschen zu verankern, dass auch dem Staatshaushalt (und damit allen Menschen in unserem Lande) eine Fastenzeit besser bekommt als Schokoladeneier auf Pump.



---

*Otto Fricke MdB (LV NRW), Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages*

## Zum Thema

# Manager und Moral

von *Juliane Homuth*

Die jüngsten Ermittlungen gegen Deutschlands Steuerhinterzieher beleben eine wichtige Debatte über Unternehmensethik und Verantwortung der Manager. Die Unternehmen haben erkannt, dass ihnen Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt zukommt. Demonstrativ stellte sich die Industrie auf der internationalen Handwerksmesse Ende Februar in München hinter die Finanzbehörden. Führende Kräfte aus der Wirtschaft betonten die Bedeutung von Verantwortung und Ethik. BDI-Chef Thumann: Wer Steuern hinterziehe, „gehört nicht mehr dazu.“



Nur in einer funktionierenden Gesellschaft ist unternehmerische Tätigkeit auch langfristig durchführbar. Die jüngsten Fälle der Steuerhinterziehung sowie für „einfache“ Bürger in ihrer Höhe nicht mehr nachvollziehbare Managergehälter gefährden die gesellschaftliche Ordnung, da unser Wirtschaftssystem zunehmend in Frage gestellt wird. Hat sich lange die Ansicht gehalten, Ethik und Ökonomik seien unvereinbar, so ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass Ethik im Unternehmen umsetzbar ist, umsetzbar sein muss, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern.

Ein ethisch orientierter Führungsstil, wie ihn die Unternehmensethik fordert, ist langfristig erfolgsentscheidend, denn die Reputation eines Unternehmens rückt in den Mittelpunkt. Unternehmen müssen sich bewusst werden, dass sie über die Unternehmenskultur großen Einfluss auf das Handeln ihrer Mitarbeiter haben. Die Bereitschaft zur Übernahme ethischer Verantwortung auf den verschiedenen Unternehmensebenen muss gezielt gefördert werden.

Moralisches Handeln im Unternehmen und die Übernahme von Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt werden sich langfristig rentieren und stehen so mit den langfristigen wirtschaftlichen Zielen einer Unternehmung in Einklang. Der Widerspruch zwischen Ethik und Ökonomik ist in der Theorie bereits aufgelöst und diese Erkenntnis wird in der Unternehmenspraxis zunehmend bestätigt.

---

*Juliane Homuth (OV Gendarmenmarkt), Bezirksvorsitzende der Jungen Liberalen in Mitte*

## Zum Thema

# Anonyme Geburt und Babyklappe

von *Christine Kreuzer*

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Erfahrungen mit der anonymen Geburt auszuwerten und – soweit notwendig – gesetzliche Regelungen zu schaffen. Diese sind umso notwendiger, als das Personenstandsgesetz jede Person, die von der Geburt eines Kindes weiß bzw. jede Person, die an einer Entbindung beteiligt ist, der Anzeigepflicht gegenüber dem Standesamt unterwirft. Frauen, die ihr Kind anonym zur Welt bringen und alle Personen, die ihnen bei einer anonymen Geburt beistehen, handeln rechtswidrig. Es entsteht ein rechtliches Spannungsverhältnis zwischen dem Recht des Kindes auf Leben und auf Kenntnis der eigenen Abstammung.



Das Fehlen einer Rechtsgrundlage führt zu einer großen Unsicherheit für die handelnden Ärztinnen und Ärzte und Träger, und dies, obwohl in der Beratungspraxis auch über anonyme Geburt und Babyklappe informiert wird und einige Einrichtungen auch mit öffentlichen Mitteln der Länder finanziert werden.

Angesichts dieser Rechtsunsicherheiten ist es dringend erforderlich, dass sich die Bundesregierung im Rahmen einer öffentlichen Debatte positioniert, oder dass sich Abgeordnete über Fraktionsgrenzen hinweg - wie bereits in der 14. Wahlperiode - auf einen Gesetzentwurf einigen. Ein Minimum wäre die Schaffung von Straffreiheit für die beteiligten Ärzte und das medizinische Personal.

Die Bundesregierung scheint das Thema aber schieben zu wollen und sieht "derzeit keine hinreichende Grundlage für eine valide Beurteilung der Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen zur anonymen Geburt" - so die Antwort auf eine Große Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, die auf Initiative der familienpolitischen Sprecherin der Fraktion Ina Lenke erfolgte. Dies ist umso bedauerlicher, da sich etwa beim eingetragenen Verein SterniPark 148 Mütter der 284 Kinder später entschieden hatten, ihr Kind wieder zu sich zu nehmen.

---

*Christine Kreuzer (OV Wilhelmstadt) ist Referentin der FDP-Bundestagsfraktion*

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Die Prävention von heute verhindert die Jugendgewalt von morgen

von *Mirko Dragowski*

Mangelnde Zukunftsaussichten und Gewalt im Elternhaus sind oft die Ursachen von Jugendgewalt. Daher ist bereits eine Stärkung und Unterstützung der Familien kurz nach der Geburt durch die aufsuchende Familienhilfe notwendig. Elternkurse in den Kitas helfen den Eltern, ihre Kinder gut zu erziehen und schützen vor Überforderung. Auch kann hier den Eltern vermittelt werden, dass Gewalt als Strafe keine Alternative bei der Erziehung darstellt. Daneben ist wichtig, dass die Kinder die Bildungszeit in der Kita bekommen, die ihnen zusteht, die sie für eine optimale Förderung brauchen. Bislang wird vielen Kindern vor allem aus Hartz-IV-Familien nur eine Halbtagsförderung in der Kita und somit 5 Stunden Bildungszeit anstatt 7 oder 9 Stunden bewilligt, da man „als Hartz-IV-Empfänger eh zuhause“ sei. Diese Kinder haben bislang gleich zu Beginn schlechtere Bildungschancen und somit schlechtere Perspektiven.



Auch die Schule ist ein wichtiger Ort für die Prävention: Der schulische Erfolg ist die beste Prävention, denn Jugendliche brauchen Anerkennung. Den Jugendlichen muss ein Erfolgserlebnis im Schulalltag gesichert werden, sodass ihnen dort Erlebnisse der Anerkennung und Aufmerksamkeit auf dem legitimen Weg ermöglicht werden. Wir müssen auch den Schülern eine Perspektive geben, die Flüchtlinge oder Kinder von Flüchtlingen sind. Selbst bei schulischem Erfolg ist es für diese Jugendlichen schwierig, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Denn welcher Ausbildungsbetrieb stellt einen solchen Jugendlichen ein, wenn unklar ist, ob dieser in den nächsten Monaten noch in Berlin ist oder Deutschland verlassen muss? Auch benötigen wir mehr Schulpsychologen, Streetworker sowie Jugendfreizeitmöglichkeiten. Das kostet alles Geld. Aber Jeder Euro für Prävention ist ein Euro für die Zukunft unserer jungen Menschen und spart das vielfache an späteren Kosten.

---

*Mirko Dragowski Mda (BV Tempelhof-Schöneberg)*

Aus der Landespartei

## Volksbegehren: Für Tempelhof und Für bessere Kitas

von *Maren Jasper*

Gleich mit zwei Volksbegehren setzte sich der Landesvorstand in seiner letzten Sitzung auseinander. Um die organisatorischen Details ging es zunächst bei der Planung zum weiteren Vorgehen in Sachen Volksbegehren Tempelhof. Da der Entscheid am 17. April 2008 stattfinden wird, besprach der Vorstand die kommenden Aktionen des Landesverbands. Es wird Werbematerial in Form eines Flyers geben, der von den Bezirken sowohl gesteckt als auch an Ständen verteilt werden kann. Der Inhalt des Flyers soll sich nach einhelliger Meinung der Vorstandsmitglieder auf die wirtschaftlichen Argumente, die für eine Beibehaltung des Flughafens für Geschäftsfieger sprechen, konzentrieren. Hier soll herausgestellt werden, welchen Nutzen der Flughafen für die Berliner Wirtschaft bringt. Allerdings soll daneben auch herausgestellt werden, dass, so Fraktionschef Lindner, „Wowereit eine unglaubliche Arroganz an den Tag legt, indem er den Ausgang des Volksbegehrens nicht berücksichtigen möchte“. Hier sei auch eine Grundsatzdebatte zum Umgang mit Plebisziten erforderlich. Der Landesvorsitzende Löning betonte, dass die endgültige Entscheidung über die Menge der Werbemittel und den genauen Einsatz der Bezirke in der kommenden OV/BV-Runde besprochen werde.



Ein Volksbegehren für bessere Kitas initiiert von dem Landeselternausschuss Berliner Kindertagesstätten stellte Vorstandsmitglied Paul Fresdorf vor. Das Volksbegehren liege zu sehr großen Teilen auf der programmatischen Linie der FDP, so Fresdorf. Auch Mieke Senftleben, schulpolitische Sprecherin der Fraktion, befand die Inhalte des Begehrens für gut. Allerdings bleibe nach Ansicht von Senftleben die Gegenfinanzierungsfrage offen. Der Vorstand sprach sich mit wenigen Enthaltungen einstimmig für die Unterstützung des Begehrens aus. Genauere Informationen zum Begehren erhalten Sie unter <http://www.volksbegehren-kita.de/>.

---

*Dr. Maren Jasper (OV Oranienburger Tor) ist Mitglied im Landesvorstand der Berliner FDP*

## Berichte aus Mitte

### **Bebauungspläne revidieren**

*Piotr Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Die Senatsverwaltung hat die von der BVV beschlossenen B-Pläne für Spandauer Vorstadt beanstandet. Die textlichen Festlegungen, die in der Praxis eine weitgehende Verschärfung der geltenden Gesetze bedeuten, müssen zurückgenommen werden. Diese Position hat die FDP-Fraktion schon immer vertreten und eine Korrektur der B-Pläne gefordert. Dennoch wurden die Pläne mit den Stimmen der Grünen, der Linke und der SPD verabschiedet. Als Reaktion auf die Stellungnahme des Senats hat der zuständige Stadtrat Ephraim Gothe (SPD) die Rücknahme der fragwürdigen Festlegungen angekündigt. Die Bebauungspläne müssen noch einmal die BVV passieren. Aus der Sicht der FDP-Fraktion sind die Pläne zwar noch nicht optimal – weite Gebiete der Spandauer Vorstadt sind als sog. allgemeine Wohngebiete ausgewiesen – dennoch wird die Fraktion den Plänen zustimmen. Wichtig ist, dass die Gefahr der bürokratischen Willkür, der die textlichen Festlegungen Tür und Tor öffneten, mit der Neufassung der B-Pläne gebannt ist. Jetzt liegt es u.a. an der CDU, zu entscheiden, ob die Pläne angenommen oder abgelehnt werden. Im Fall der Ablehnung ist davon auszugehen, dass Grüne, die Linke und vielleicht Teile der SPD, neue Pläne initiieren, mit dem Ziel, Spandauer Vorstadt in eine Oase der alternativen Gemütlichkeit im Schrebergartenstil zu umwandeln. Das wäre eine Katastrophe, die es zu verhindern gilt.

**FDP setzt sich für Treffpunkt im Kiez ein** – In der letzten BVV-Sitzung wurde der Dringlichkeitsantrag der FDP zur Rettung des Treffpunktes im Kiez in Wedding einstimmig beschlossen. Der Treffpunkt in der Kolonistr. ist eine Anlaufstelle für trockene Alkoholiker und Menschen in einer besonders schwierigen sozialen Lage. Die Räume gehören der DEGEWO, die sie kostenfrei vermietet und nur Begleichung der Betriebskosten verlangt. Treibende Kraft des Treffpunktes ist Herr Joachim Brunken, dem nur äußerst bescheidene Mittel zur Verfügung stehen. Der Antrag der FDP fordert das Bezirksamt auf, zusammen mit der DEGEWO und anderen Partnern die Existenz des Treffpunktes langfristig zu sichern. Die große Zustimmung für unseren Antrag und der gute Ruf des Treffpunktes lassen uns hoffen, dass bald ein Finanzierungskonzept entwickelt wird. Wir haben Kontakt zu DEGEWO aufgenommen.

### **BA diskutiert Ernst Jünger**

*Kurt M. Lehner für den Bezirksausschuss*

Die Jahreshauptversammlung des Bezirksausschusses erledigte ein umfangreiches Pflichtprogramm zügig und konzentriert: Nach der Wiederwahl des Sprechergremiums und der Wahl der Delegierten zum Landesausschuss diskutierten die Anwesenden den Rechenschaftsbericht, den der Bezirksvorsitzende Henner Schmidt vorgetragen hatte. Allgemeine Anerkennung – nicht zuletzt im Kassenprüferbericht – fand die Arbeit der Schatzmeisterin Katja von Maur. Bei der Kür blühte der Bezirksausschuss auf: Der OV Tiergarten hatte den Antrag eingebracht, eine Tafel am Haus Dortmunder Str. 13 in Moabit anzubringen, wo der Schriftsteller Ernst Jünger in den Jahren 1931-32 wohnte. Die Diskussion darüber wurde sehr lebhaft, aber sachlich geführt. Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass Jünger zentrale Anregungen für seine Werke in Berlin empfing; andererseits bestanden Bedenken, da Jünger sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs zunächst einer nationalrevolutionären Publizistik befleißigt hatte, die besonders aus heutiger Sicht bedenklich erscheint. Das Ergebnis der Abstimmung war ein Patt, was formal die Ablehnung des Antrags bedeutete.

### **Wohin steuert Europa?**

*Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt*

Die Liberalen vom Gendarmenmarkt diskutierten Anfang Februar mit dem Europapolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Markus Löning über die neuen Herausforderungen der stetig wachsenden europäischen Staatengemeinschaft. Neben der Frage einer möglichen Aufnahme der Türkei in die europäische Union stand die Präsenz Europas in Afghanistan im Vordergrund einer angeregten und zugleich sachlichen Diskussion. Die Veranstaltung bildete den Auftakt einer Serie thematisch besetzter Mitgliederversammlungen des Ortsverbandes vom Gendarmenmarkt. Bereits auf der kommenden Mitgliederversammlung am 11. März wird das Thema „Ausländische Staatsfonds“ die Liberalen zur nächsten Diskussionsrunde locken.

Großer Beliebtheit erfreute sich im Übrigen auch der Februar-Stammtisch der FDP Gendarmenmarkt. Neben den „üblichen Verdächtigen“, unter ihnen Organisatorin Petra Schulz und Schatzmeister David Issmer, nutzen viele neue interessierte Gesichter die Gelegenheit zum Kennenlernen und Gedankenaustausch.



## Jahreshauptversammlung

*Jürgen Stindt vom OV Oranienburger Tor*

In gemütlicher Runde trafen sich am 13. Februar viele Mitglieder des Ortsverbandes Oranienburger Tor zur diesjährigen Mitgliederversammlung. Unter der Sitzungsleitung von Sascha Tamm wählten die anwesenden Parteifreunde die Delegierten zu den Landesparteitagen, zur Wahlversammlung für die Aufstellung der Berliner Europaliste und für den Bezirksausschuss. Für den Ortsvorstand gab die Vorsitzende Frauke Sander einen Bericht über die bisherigen Aktivitäten und über die Mitgliederentwicklung ab. Darüber hinaus gewährte sie Einblicke in die Planungen für die kommenden Monate. So wird es eine Veranstaltung zur Situation von Kindern und Jugendlichen geben. Wir entnehmen den Medien immer häufiger Berichte über Kinder, die in Armut aufwachsen und denen viele Chancen auf eine gute und gesunde Entwicklung genommen werden. Ist hier die Gesellschaft als ganzes gefragt? Sind sich die jungen Eltern ihrer Verantwortung bewusst? Entscheiden sich viele junge Paare aufgrund von Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit gegen Kinder? Diese und andere Fragen wollen wir mit der Vorsitzenden der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, Frau Miriam Gruß MdB, diskutieren.

## Thema Migration

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Die politische Debatte über das Thema Migration wird oft von Schlagworten beherrscht, hinter denen die differenzierte Realität kaum sichtbar wird. Für eine seriöse Meinungsbildung ist aber eine umfassende Information über das Leben von Migrantinnen und Migranten in Deutschland unerlässlich. Aus diesem Grund hatte der Ortsverband Tiergarten zu unserem Politischen Brunch am 24. März als Referentin die Expertin Frau Dr. Urmila Goel zum Thema „Erfahrungen junger Menschen mit südasiatischem Migrationshintergrund in Deutschland“ eingeladen. Dem spannenden Vortrag schloss sich eine hitzige Debatte an, indem die Frage, was Urteile und was Vorurteile sind äußerst kontrovers diskutiert wurde. Frau Dr. Goel ist als Sozialanthropologin mit dem Themenschwerpunkt Südasiens in Forschung, Lehre, der politischen Bildung sowie der Organisation von Veranstaltungen tätig. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen Menschen, die aus Südasiens nach Deutschland migriert sind und sich hier niedergelassen haben.

## Wahlhilfe in Hamburg

*Bettina v. Seyfried vom OV Wedding*

Am 19. Februar hielt der OV Wedding die JHV ab. Da der Ortsvorsitzende und ein Stellvertreter ihre Ämter niederlegten, wird am 13. März nachgewählt. Der Initiative von Herrn Loßmann zur Wahlhilfe in Hamburg sind 11 Personen gefolgt. Neben Herrn Loßmann und Frau v. Seyfried / OV Wedding, der Parteivorsitzende Markus Löning, sein MdB Kollege Herr Königshaus, aus dem AGH Herr Jotzo, aus der BVV Mitte Herr Pawlowski und weitere Aktivisten wie Herr Reekmann, Herr Dietel, Herr Bannasch, Herr Prof. Peter Gado, Herr v. Uffel. Die gewichtige Unterstützung wurde auf drei Standorte verteilt. Herrn Jotzo und Herrn Bannasch wollte man gleich dort behalten. Der Promistand in Blankenese wurde rühmlich unterstützt von Sky Dumont, der für die FDP bereitwillig in die reichlich vorhandenen Foto- und Kameralinsen lächelte. Herr Niebel, Herr Pinkwart und der Spitzenkandidat Hinnak Fok sowie der Bezirkskandidat Lorenz Flemming sorgten neben vielen weiteren Personen am größten Stand vor Ort für viel Aufmerksamkeit.

## FDP-Hochburg

*Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt*

Die monatliche Mitgliederversammlung des OV Wilhelmstadt am 03. März diskutierte programmatische Anträge und Änderungsanträge zum Landesparteitag im April. Ferner befasste sie sich mit der Entwicklung unserer FDP-Hochburg in Mitte, der „Spandauer Vorstadt“, die im Januar dem Status eines Sanierungsgebietes entwachsen ist. In unserem dazu gefassten Beschluss heißt es u.a.: „Wir werden uns weiterhin mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass die Spandauer Vorstadt ihren unverwechselbaren Charakter erhält und weder zu einer billigen Amüsiermeile verkommt, noch zu einem Allgemeinen Wohngebiet. Wohnen und Familie, Kultur und Vergnügen, Gastronomie und Gewerbe sollen sich im Dialog mit einander respektieren und befruchten. Wir wollen diese einzigartige Attraktivität der Spandauer Vorstadt erhalten und ihr erlauben, sich fortzuentwickeln.“ Am nachfolgenden Abend führte dort eine Anwohnerversammlung eine Abschlussveranstaltung durch, unsere auf dem Beschluss basierende Pressemitteilung und der entschlossene Auftritt des engagierten Anwohners und Stellv. Ortsvorsitzenden Nils Augustin konnten das Profil der FDP im Kiez weiter schärfen.

## Personalien

(bvs/au) Zur Unterstützung der Hamburger FDP im Wahlkampf zur Bürgerschaft organisierte **Erwin Loßmann** (Foto rechts) für den OV Wedding am 16.02. einmal mehr eine Truppe



aus Berlin. An Standorten in Altona, Blankenese und im Osdorfer Born warben unser Landesvorsitzender **Markus Löning** MdB (Steglitz-Zehlendorf), **Hellmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick), **Björn Jotzo** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf, Foto links), **Bettina v. Seyfried** (Wedding), unser BVV-Fraktionsvorsitzender in Mitte **Peter Pawlowski**, **Martin Reeckmann** (beide Tiergarten), **Peter Gadow**, **Hans Henning v. Uffel** (beide Nord-Ost) und **Karl-Heinz Bannasch** (Spandau) um Stimmen für die FDP. Die Hamburger um den Bezirksvorsitzenden von Altona, **Lorenz Flemming**, waren über die Wahlkampfhilfe hoch erfreut und insbesondere von der für kühle Hanseaten ungewohnt dynamischen Publikumsansprache der Parteifreunde Jotzo und Bannasch tief beeindruckt. Der am Blankeneser Stand für die liberale Sache werbende Schauspieler **Sky Dumont** erklärte sich spontan bereit, bei Bedarf auch in Berlin als Wahlkampfhelfer zur Verfügung zu stehen. Bereits am 09.02. hatte **Sonning Augustin** (Steglitz-Zehlendorf) mit seiner Gemahlin den Weg an die Elbe gefunden. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Hamburger FDP ist in allen Bezirksversammlungen vertreten.

(au) Viele Landes-Fachausschüsse und Landes-Arbeitskreise der Berliner FDP haben bereits turnusgemäß neu gewählt. Im LFA Umwelt- und Energiepolitik gab die verdiente Gründungsvorsitzende **Maren Jasper** (OT) ihren Vorsitz berufsbedingt auf, die Nachfolgerin ist **Annette Pfeiffer** (Charlottenburg-Wilmersdorf). Im LFA Innen und Recht wurde **Peter Schantz** (Charlottenburg-Wilmersdorf) als Vorsitzender bestätigt, im LFA Wirtschaft, Arbeit und Finanzen **Matthias Lefarth** (Treptow-Köpenick); ihm als einer der Stellvertreter neu **Stefan Liebig** (OT) zur Seite. Der LFA Schule, Volksbildung, Sport wählte **Mathia Specht-Habbel** (Steglitz-Zehlendorf) wieder zu seiner Vorsitzenden, ein Stellvertreter ist weiter **Anno Blissenbach** (Wil-

helmstadt). Im LFA Kultur und Medien ist **Kurt M. Lehner** (Tiergarten) der alte und neue Vorsitzende, zwei seiner Stellvertreter sind weiter Medienrätin **Antje Pieper** (Tiergarten) und Anno Blissenbach. Dem LFA Ausländerpolitik sitzt auch künftig unsere Stellvertretende Landesvorsitzende **Hanaa El-Husseini** (Tempelhof-Schöneberg) vor, dem LFA Gesundheitswesen jetzt neu **Roswitha Brühl** (Steglitz-Zehlendorf). Der LFA Soziales, Familie, Jugend wird auch künftig von **Thomas Seerig** (Steglitz-Zehlendorf) geleitet, der LFA Regionalentwicklung und Verkehr von **Heinrich von Scheel** (Steglitz-Zehlendorf), welchem künftig neu u.a. **Martin Dütsch** (Wilhelmstadt) als ein Stellvertreter zur Seite steht. Der LAK Europa- und Außenpolitik bestätigte **Kay Ehrhardt** (Steglitz-Zehlendorf) als seinen Vorsitzenden, der LAK Grundsatz- und Perspektivfragen Thomas Seerig.

(au) **Donald Tuckwiller** (Tiergarten) kann auch jenseits des großen Teiches politisch gestalten: Als engagiertes Mitglied der US-amerikanischen „Democrats Abroad“ trägt er Anteil an dem Erfolg von **Barack Obama** in der innerparteilichen Kandidaten-Vorauswahl. Der war auch ein Thema bei der best besuchten Veranstaltung der Berliner Sektion der Deutschen Gesellschaft für Liberal International (DGLI) zum Thema US-Präsidentschafts-Vorwahlen, wo der Sektionspräsident **Mirko Dragowski** MdA (Tempelhof-Schöneberg) den Leiter der political-military unit of the political section an der Botschaft der USA in Berlin, **Bill Moeller**, begrüßen konnte. Sektions-Vize **Nils Augustin** (Wilhelmstadt) durfte eine oft lebhaft zweisprachige Diskussion leiten, Dank für den sehr gelungenen Abend gebührt aus dem Sektionspräsidium auch **Jens Loschwitz** (Charlottenburg-Wilmersdorf).

(au) Wenn der FDP-Bundesvorsitzende **Guido Westerwelle** verdienstvoll wirkt, dann kann er dabei auf Unterstützung aus der Mitgliedschaft des BV Mitte zählen: Sein persönlicher Referent **Marcus Kreft** und Mitarbeiter **Jürgen Stindt** sind im OV OT politisch zu Hause.

(au) **Hans-Olaf Henkel**, ehemaliger Präsident des BDI, beantwortete in der Ausgabe 1/08 der FDP-Bundesmitgliederzeitschrift „elde“ einen persönlichen Fragebogen und erwiderte auf die Frage, „Wo möchten Sie leben?“ mit „In Berlin-Mitte – da bleibt man länger jung.“

(au) Aktive Europapolitik betreiben die Liberalen auf Mallorca schon seit Jahren, jetzt soll dort eine FDP-Auslandsgruppe gegründet werden. Initiatoren sind die in Hamburg gebürtigen Zwillinge **Hendrik Lührssen** und **Helge Lührssen**.

Leserbriefe

**Lorenz Flemming (LV Hamburg)**

Liebe Mitstreiter, die Schlacht ist geschlagen und der Pulverdampf verraucht. Das Ergebnis auf der Landesebene kann uns natürlich nicht befriedigen. 4,8 Prozent reichen eben nicht. An Ihrer Unterstützung hat es aber nicht gelegen. In Altona haben wir ja in zwei Wahlkreisen gewählt. Dabei haben der Wahlkreis Altona 4,5 Prozent und der Wahlkreis Blankenese 6,0 Prozent erreicht. Zusammen haben wir mit 5,1 Prozent die Grenze übersprungen. Die Persönlichkeitswahl hat allerdings ein überraschendes Ergebnis gebracht. In Altona wählten 5,5 Prozent und in Blankenese sogar 8,4 Prozent die FDP. Leider mit der falschen Stimme, aber doch mit einem klaren Bekenntnis zu den Liberalen. In beiden Wahlkreisen wurde außerdem die von der CDU eingeführte Grenze von 50 Prozent für die Wirksamkeit des Kumulierens bei der FDP locker übersprungen. Herr Fock - auf Platz 3 in Blankenese - rutscht auf den ersten Platz. Aber nun zu dem wirklich erfreulichen Ergebnis der Wahl. Die FDP wird in allen Bezirksversammlungen vertreten sein. In Altona haben wir 5,9 Prozent und damit drei Bezirksabgeordnete und Fraktionsstatus errungen. Das ist doch was!

Sollte es den Effekt der Bürgerschaftswahl, mit dem deutlich höheren Ergebnis für die Kandidaten, auch hier geben, könnte sich die Zahl noch auf vier erhöhen. Wir werden sehen. Schwarz-Grün, die auf Landesebene bereits heftig tändeln, sind im Bezirk Altona kräftig abgestraft worden. Die Bürger scheinen das Modell nicht so gut zu finden, wie die Parteien. Ganz herzlichen Dank für die Unterstützung. Wir sind natürlich zu Gegenleistungen bereit. Außerdem freue ich mich auf den Gedankenaustausch mit Bezirkspolitikern aus der Hauptstadt.

**Horst Krumpen (LV Meck'-Pomm)**

Lieber Nils, mit ein wenig Abstand bleibt es doch interessant zu lesen was sich in der Hauptstadt FDP so zuträgt. Besonders spannend finde ich die Auseinandersetzung um einen Posten zwischen zwei Personen mit denen ich bereits das Vergnügen der engeren Zusammenarbeit hatte. Ich wünsche den Parteifreunden eine glückliche Hand und vor allem das was wir in Wahlkämpfen immer gerne fordern: eine bewusste Entscheidung mündiger eigenständiger Mitglieder, die frei von jeder Art von Einfluss eine Entscheidung zum Wohle der Liberalen Sache in Berlin treffen - ich hoffe das bleibt keine Illusion :-). Liebe Grüße aus dem Norden

The image shows a screenshot of a website titled "Be Berlin. Be Tempelhof." The page layout includes a navigation bar with links like "Stadtplan", "Branchenbuch", and "Berlin-Mail". A main news section titled "Aktuell" features a headline: "Verkehr: Streik im Nahverkehr im Tarifstreit bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) ist kein Ende in Sicht. Der Notverkehr mit Bussen privater Unternehmen wurde ausgeweitet." Below this is a "Berlin-Suche" section with a search bar and a list of "Themen" such as "Wohnen & Immobilien" and "Auto & Verkehr". On the right side, there is a prominent vertical banner that reads "Retten Sie den Flughafen Tempelhof. Stimmen Sie am 27. April beim Volksentscheid mit JA!" and includes a logo for the referendum. At the bottom of the banner, it says "Mehr Infos: www.icat.de".

### Termine

#### **März 2008**

- 13.03 19.30h OV Wedding: **Mitgliederversammlung** – mit Nachwahlen zum Ortsvorstand u.a. – Ort siehe [www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)
- 13.03 19.30h OV OT: **Diskussionsveranstaltung** – Thema: Kinder- und Jugendpolitik – mit Miriam Gruß MdB – anschließend Einladung zum Umtrunk – im Thomas-Dehler Haus (Reinhardtstr. 14)
- 26.03 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 30.03 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

#### **April 2008**

- 01.04 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 02.04 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Auftaktveranstaltung** – mit Markus Löning MdB und Willem Noë – im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 07.04 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 08.04 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – Thema: Jugendkriminalität – im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 09.04 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** – im Arema (Birkenstr. 30)
- 09.04 19.30h FNSt: **Podiumsdiskussion** zum Thema „Russland nach Parlaments- und Präsidentschaftswahl – Wie geht es weiter?“ – mit Sascha Tamm u.a. – in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt (Luisenstr. 8) – uAwg [anne.wellingerhof@fnst-freiheit.org](mailto:anne.wellingerhof@fnst-freiheit.org)
- 11./12.04 LV Berlin: 74. **Ordentlicher Landesparteitag** – u.a. mit Neuwahlen zum Landesvorstand – im Hotel Crowne Plaza Berlin City Centre (Nürnberger Str. 65)
- 26./27.04 Liberale Frauen: **Bundesmitgliederversammlung** in Berlin, [www.liberales-frauen.de](http://www.liberales-frauen.de)
- 27.04 **VOLKSENTSCHEID** „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“
- 27.04 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.04 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

**Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an [termine@fdp-mitte.de](mailto:termine@fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Anträge und Änderungsanträge zum 74. Ordentlichen Landesparteitag

finden Sie unter [www.fdp-berlin.de](http://www.fdp-berlin.de)

Menüpunkt „74. Ordentlicher Landesparteitag“

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).